

Regierungsratsbeschluss

vom 17. Dezember 2013

Nr. 2013/2392

KR.Nr. SGB 188/2013 **PB 15**

Legislaturplan 2013–2017 und Vollzugskontrolle zum Legislaturplan 2009–2013 Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag der Fraktion SVP vom 28. November 2013 (DBK03)

1. Antragstext

B.1.3 Bildungsbarrieren abbauen und Bildungspotenziale fördern

Ersatzlos aus dem Legislaturplan streichen.

2. Begründung

Wir erkennen im Kt. Solothurn keine „Bildungsbarrieren“. Ausserdem ist in unserem kantonalen Bildungssystem die „Chancengerechtigkeit“ gewährleistet.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Nach Artikel 73 Absatz 1 Kantonsverfassung behandelt der Kantonsrat den Legislaturplan und nimmt davon Kenntnis. Ein Recht auf Streichung einzelner Planungsabsichten des Regierungsrates steht ihm nicht zu. Hingegen kann der Kantonsrat nach Absatz 2 mit einem Planungsbeschluss den Regierungsrat zur Entwicklung einer Staatsaufgabe in bestimmter Richtung beauftragen.

Eingaben als Planungsbeschlüsse, welche Ziele und Planungsabsichten der regierungsrätlichen Legislaturplanung streichen wollen, haben den Charakter "negativ formulierter Planungsbeschlüsse". Eine effektive Streichung aus dem Legislaturprogramm ist jedoch nicht möglich. Mit einem negativ formulierten Planungsbeschluss auf Streichung soll auch keine Staatsaufgabe in eine bestimmte Richtung entwickelt werden, wie es der Verfassungstext vorgibt, sondern der bestehende Zustand (status quo) soll aufrechterhalten werden. Dazu ist kein Planungsbeschluss notwendig.

Dass in unserem Kanton allenfalls vorhandene Bildungsbarrieren abgebaut und Bildungspotenziale gefördert werden sollen, dürfte unbestritten sein – dies auch als Beitrag zur Standortqualität unseres Kantons und zur Versorgung der Wirtschaft mit den benötigten Arbeitskräften. Unseres Erachtens ist es sehr wohl angebracht, dies als strategisches Ziel in den Legislaturplan aufzunehmen.

Konkret wird mit B.1.3.1 die Förderung der beruflichen Qualifikation Erwachsener, die sogenannte Nachholbildung, erwähnt. Angesichts der demografischen Entwicklung (grosse Jahrgänge kommen ins Rentenalter, kleinere Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt) ist in den nächsten Jahren mit einem zunehmenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften zu rechnen, dem mit adäquaten Massnahmen zu begegnen ist.

4. Antrag des Regierungsrates

Nichterheblicherklärung.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'A. Eng', written in a cursive style.

Andreas Eng
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Bildungs- und Kulturkommission

Verteiler

Departement für Bildung und Kultur (5) AN, VEL, YJP, DK, LS
Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen (3)
Aktuarin Bildungs- und Kulturkommission
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat